

FINRRAGE (Feministisches Internationales Netzwerk des Widerstandes gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologien)

PRESSEERKLÄRUNG

Internationale Konferenz zu Reproduktions- und Gentechniken und zur reproduktiven Gesundheit von Frauen

Comilla, Bangladesh, 18. - 25. März 1989

Die Besorgnis über die Auswirkungen der Fortpflanzungs- und Gentechniken für Frauen weltweit führte 145 Teilnehmerinnen, überwiegend Frauen, aus 30 Ländern* und allen Kontinenten zusammen. Die in Comilla zusammengekommenen Frauen waren Natur- und Sozialwissenschaftlerinnen, Ärztinnen, Rechtsanwältinnen, Journalistinnen, Bevölkerungswissenschaftlerinnen, Mitarbeiterinnen in Entwicklungshilfegruppen und im Gesundheitswesen, Gemeindeaktivistinnen, Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen und Akademikerinnen. Ausgehend von einer frauenorientierten Perspektive haben sie sich in ihrer beruflichen wie politischen Arbeit mit der Situation von Frauen im Bereich Gesundheit, Menschenrechte, Bildung und verantwortlicher Naturwissenschaft, Technik und Landwirtschaft beschäftigt.

In einer abschließenden Erklärung forderten die Teilnehmerinnen eindringlich einen Stop der politischen Entscheidungen, die zur weiteren schnellen Entwicklung und zunehmenden Anwendung dieser Technologien führen. Bisherige Erfahrungen sowohl mit den verbreiteten Verhütungstechnologien (Hormone, Spirale, Sterilisation) als auch mit den neuen Fortpflanzungs- und Gentechniken (Retortenbabies, Geschlechtsbestimmung und -vorauswahl, Anti-Schwangerschafts-Impfstoffe) zeigen, daß all diese Technologien die sich verschlechternde gesellschaftliche Lage der Frauen verschärfen und bestehende Unterschiede zwischen Menschen hinsichtlich Rasse, Klasse, Kaste, Geschlecht und Religion verstärken.

Im Verlauf der achttägigen Konferenz wurde aus feministischer Perspektive eine Fülle von Informationen in Plenarvorträgen, Rundgesprächen und Arbeitsgruppen präsentiert, die zu folgenden Ergebnissen und Forderungen führten:

Fertilität, Bevölkerungspolitik und der Status von Frauen

Frauen aus allen Kontinenten zeigten auf, daß Bevölkerungskontroll-Programme die Probleme von Armut, Krankheit und Hunger nicht lösen. Stattdessen wird die Ausbeutung der Armen verschärft, und es werden neue sozio-ökonomische und

gesundheitliche Probleme, besonders für Frauen, geschaffen. Die Teilnehmerinnen verurteilten explizit Zwangssterilisation, injizierbare und implantierbare hormonelle Verhütungsmittel und Anti-Schwangerschafts-Impfstoffe, da sie potentiell irreversibel sind und nicht von Frauen kontrolliert werden können. Sie forderten eine breite Aufklärung über und Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln. Sie forderten weiter, daß das Wissen und die Kontrolle über Fruchtbarkeit, Schwangerschaft und Gesundheitsversorgung von Frauen wieder in ihre Hände zurückgelangt.

Infertilität und die neuen Fortpflanzungstechnologien

Die In-vitro-Fertilisations-Methode (IVF) benutzt Frauen als lebende Versuchsstätten, menschliche Brutkästen und Lieferanten von Rohmaterial (Eiern und Embryonen). Arme Frauen werden als Brüterinnen für die Reichen benutzt. Das endgültige Ziel der Betreiber dieser Techniken ist es, die Produktion und Qualitätskontrolle von menschlichen Wesen weiter in den Griff zu bekommen. IVF wird zunehmen auch in Ländern, die generell ihre Geburtenraten senken wollen, verwendet. Unfruchtbarkeit ist keine Krankheit, sondern ein sozialer Zustand. Notwendig ist die Erforschung der möglichen Verhinderung von Unfruchtbarkeit, Beratung und andere Formen der Unterstützung für ungewollt kinderlose Frauen und Männer sowie Möglichkeiten der sozialen Elternschaft in einer Vielzahl von Formen.

Eugenik als qualitative Bevölkerungskontrolle

Die Kombination von IVF, Geschlechtsbestimmung, genetischen Reihenuntersuchungen und anderen Methoden stellt eine neue Form einer scheinbar wissenschaftlichen eugenischen Selektion dar, die benutzt wird, um unterdrückte Gruppen – Frauen, Behinderte, Menschen bestimmter Hautfarben, Rassen, Religionen, Klassen oder Kasten – zu diskriminieren und eliminieren. Anstelle dieser pervertierten Form der Verhinderung von Krankheit forderten die anwesenden Frauen die Eliminierung von gefährlichen Medikamenten, Strahlungen und gefährlichen Chemikalien am Arbeitsplatz und in der Umwelt und eine Lösung der Probleme der Fehlernährung und vermeidbaren Infektionskrankheiten. Darüberhinaus muß die Versorgung und Integration von behinderten Menschen einer allgemeinen sozialen Verantwortung entsprechen.

* Australien, Ägypten, Bangladesh, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Fidji, Frankreich, Großbritannien, Holland, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Kanada, Malaysia, Mauritius, Norwegen, Österreich, Pakistan, Peru, Philippinen, Schweden, Sri Lanka, Süd Korea, Spanien, Schweiz, Uganda, USA, Zambia

Gentechnologie als Kontrolle und Ausbeutung allen Lebens

Die Gentechnik betrachtet Lebensformen als Maschine, die im Interesse der Wirtschaft und Industrie manipuliert und sogar rekonstruiert werden kann. Genetisch manipulierte Tiere, Pflanzen und Bakterien sollen die Schäden reparieren, die durch Umweltzerstörung und industrielle Verschmutzung, die Auswirkungen der Grünen Revolution sowie von ungerechten ökonomischen und politischen Maßnahmen verursacht worden sind. Insbesondere im Interesse armer Länder ist ein Verbot der Freisetzung oder Erprobung gentechnisch manipulierter Organismen oder gentechnischer Produkte sowie Patentierung von Lebewesen zwingend notwendig. Die Konferenzteilnehmerinnen forderten, daß weltweit Ressourcen für die Entwicklung von ökologisch, ökonomisch und politisch nachhaltigen und angepaßten Lösungen der Probleme Armut, Krankheit und ökologischer Bedrohung zur Verfügung gestellt werden.

Einige Strategien zur Umsetzung der Forderungen:

- Vorbereitung für ein internationales Tribunal über medizinische Verbrechen gegen Frauen, bei dem Frauen über physische und psychische Schäden berichten werden.
- Gemeinsame internationale Aktivitäten am Welt-ernährungstag, 16. Oktober 1989, um die Auswirkungen der Gentechnik auf die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion bekanntzumachen.
- Die Einrichtung von ständigen Arbeitsgruppen zu den Themen: Verhütung von Unfruchtbarkeit und Beratung; gesetzliche Regelungen für Gen- und Fortpflanzungstechnologien weltweit; Anti-Schwangerschafts-Impfstoffe; injizierbare und implantierbare Verhütungsmittel; Frauen und Medikamente; biologische Waffen; Kritik der Helsinki-Erklärung zur medizinischen Ethik.

Die Comilla-Konferenz zeugt vom Ausmaß der Aktivitäten, der Kompetenz und gesellschaftlichen Verpflichtung von Frauen weltweit. FINRRAGE als Netzwerk hat als Ergebnis dieser Konferenz ihre Arbeit in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern erweitert. Die Teilnehmerinnen verpflichteten sich, diese wichtige Arbeit fortzusetzen. Die nächste internationale FINRRAGE-Konferenz wird voraussichtlich im

Frühjahr 1991 in Rio de Janeiro, Brasilien stattfinden.

Die internationale Koordinations-Stelle von FINRRAGE ist von Großbritannien in die BRD verlegt worden.

Internationale Kontakt-Adresse:

FINRRAGE International
c/o fem. Frauengesundheitszentrum. Ute Winkler,
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/Main 90, Tel.
069/701218 oder 431523

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

- Die Fraktion der GRÜNEN hat ein Gesetz zur *strafrechtlichen Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität* eingebracht (11/4153).
- Ebenfalls von den GRÜNEN stammt ein Gesetzentwurf zur Sicherung der *Entscheidungsfreiheit von Frauen im Schwangerschaftskonflikt* (11/2422). Dieser wurde nach erster Lesung im Bundestag an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung bzw. Familie etc. überwiesen.
- Die Bundesregierung legte einen Gesetzentwurf vor, nach dem die *Vermittlung von Leihmüttern* verboten werden und mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren bestraft werden soll (11/4154). Die Ersatzmutter selbst und die Bewerber des auszutragenden Kindes sollen zwar auch rechtswidrig handeln aber nicht bestraft werden. Nach erster Lesung wurde der Entwurf beim Ausschuß für Familie etc. von allen Fraktionen befürwortet. Uneinigkeit herrscht aber darüber, ob das Verbot im Embryonenschutzgesetz oder, wie von der BR beabsichtigt, bei der Änderung des Adoptionsgesetzes untergebracht werden soll.
- Die GRÜNEN legten einen Gesetzentwurf zur rechtlichen Stellung von Ausländern vor, in dem ein *eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen* und -männer vorgesehen ist, die in die BRD nachreisen (11/4463).
- *Kindergeld und Erziehungsgeld* sollen erhöht bzw. verlängert werden (11/4508, 11/4509).
- Der SPD-Entwurf zur *Vergewaltigung in der Ehe* (11/474) wurde vom Bundestag abgelehnt. Die Koalitionsparteien waren mit bestimmten Formulierungen nicht einverstanden und kündigten einen eigenen Gesetzentwurf an.
- Die GRÜNEN legten einen Gesetzentwurf zum *Sorgerecht für nichteheliche Kinder bei Ruhen des Sorgerechts oder beim Tod der sorgeberechtigten Mutter* vor (11/4277). Er lautet:
 1. Die im Testament der sorgeberechtigten Mutter genannten Person erhält in jedem Fall das Sorgerecht.
 2. Bei Fehlen einer testamentarischen Verfügung bzw. zeitweiligem Ruhen des Sorgerechts erhält diejenige Person das Sorgerecht, der das Kind am nächsten steht. Das Vormundschaftsgericht ist gehalten, bei seiner Entscheidung die besonderen Bindungen des Kindes zu berücksichtigen. Der biologische Vater erhält das Sorgerecht nicht automatisch.
Kinder ab sechs Jahren müssen im Verfahren angehört werden. Der Entscheidung von Kindern ab vierzehn Jahren ist zwingend zu folgen.
- Die GRÜNEN legten einen Gesetzentwurf zur Änderung des Namensrechts vor (11/4437), wonach grundsätzlich alle Erwachsenen – auch bei der Eheschließung – ihren Namen behalten sollen und Kinder den Namen der Mutter erhalten.
Wortlaut und Begründung werden im nächsten Heft der STREIT dokumentiert werden.